

CDUintern

E 10114

Reutlinger CDU Neujahrsempfang von Stadtverband und Fraktion wieder ein voller Erfolg

Rückblick auf ein Jahr mit vielen Ausgaben und Aufgaben

Reutlingen. Veränderungen prägen derzeit Bund, Länder und Kommunen. Dem will sich die CDU in Reutlingen nicht verschließen. Das wurde beim diesjährigen Neujahrsempfang der Reutlinger Christdemokraten deutlich. Dennoch gelte es, Werte zu bewahren. Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt, doch die Herausforderungen von 2015 stehen auch in 2016 im Fo-



Dieter Hillebrand MdL

kus. Die Bewältigung der Flüchtlingssituation, die Haushaltskonsolidierung oder die Auskreisung stehen unter anderem ganz oben auf der Agenda und waren deshalb mitunter Thema bei der Veranstaltung im Kleinen Saal der Stadthalle.

Die Reutlinger CDU-Stadtverbandsvorsitzende Gabriele Gaiser konnte rund 360 Bürgerinnen und Bürger und Vertreter aus Staat, Politik, Religion und Gesellschaft begrüßen. „In der Kommunalpolitik hatten wir noch nie ein Jahr mit so vielen Aufgaben und Ausgaben“, blickte die CDU-Chefin zurück. Neben den zahlreichen Themen sei es aber das Regierungspräsidium gewesen, das der Stadt ganz klare Hausaufgaben geben habe. Dementsprechend müssten kostenintensive Projekte nicht nur auf den Prüfstand, vor allem sei das

Ausgabeproblem der Stadt in den Griff zu bekommen.

Gaiser warb für mehr Flächen für Betriebe und Unternehmen, auch in Zusammenarbeit mit Metzingen. Bei allem aber müssten die Sorgen und Ängste der Bürger bezüglich der Flüchtlingssituation ernst genommen werden. Denn wenn Menschen von hier mit Sorgen und Fragen in eine Ecke gedrängt würden, „werden politische Kräfte gestärkt, die wir nicht in den Parlamenten haben wollen“.

Hauptprogramm punkt war an diesem verschneiten Vormittag die Rede des CDU Landtagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretärs Dieter Hillebrand MdL, der die Christdemokraten in Reutlingen auch 2016 wieder in die Landtagswahlen führt. Er sprach zum Thema „Deutschland quo vadis – Baden-Württemberg quo vadis“. Hillebrand ging dabei zunächst auf die Gender-Debatte und die aus seiner Sicht teils irrsinnigen Entwicklungen ein. Und obwohl sich die Zeiten wandeln und Veränderung, Dazulernen und Neuausrichtung zur Regel geworden seien, müsse man nicht zu allem bereit sein. Denn in Zeiten des Umbruchs bedürfe es laut Hillebrands Meinung genauso „Themen, für die man sich die Beständigkeit des Alten und Bisherigen



Andreas vom Scheidt



Gabriele Gaiser

wünscht“. Nachdem Hillebrand richtigerweise im von ihm bezeichneten „Gender-Gaga“ auch einen Angriff auf das christliche Familien- und Menschenbild sieht, kritisierte er darüber hinaus die Abschaffung des Betreuungsgelds. Zumal dieses Projekt vom Bundesverfassungsgericht nur aufgrund dessen gekippt wurde, weil dieses die Zuständigkeiten vielmehr bei den Ländern angesiedelt sehe. Bayern habe daraufhin sinnvollerweise das Betreuungsgeld fortgeführt, die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg dieses aus ideologischen Gründen heraus abgeschafft.

Weiterhin bekräftigte der Landtagsabgeordnete in seinen Ausführungen, dass Bildung für unsere Gesellschaft unabdingbar sei. Hierfür sei jedoch ein differenziertes Förder- und Bildungsangebot notwendig. „Von Nivellierung und Gleichmacherei halte ich dagegen nichts“, so Hillebrand in Richtung des grün-roten Prestigeprojekts der Gemeinschaftsschule.

Zur Flüchtlingssituation erklärte er, dass es zur Vernunft und Ehrlichkeit gehöre, anzuerkennen, dass ein unkontrollierter Zugang auf Dauer nicht verkraftbar und schlichtweg logistisch nicht zu bewältigen sei. Er zeigte zwar Verständnis für Fluchtursachen wie Terror und Krieg und zollte

dem Einsatz der Ehrenamtlichen Respekt. Aber, so der CDU-Kandidat: „Wir helfen, wo wir können, aber wir können nicht überall helfen.“

Ein ungebremsster Familiennachzug würde das Problem außerdem vervier- oder verfünffachen. Wobei er die Frage stellte, ob es nicht humaner sei, Flüchtlinge bereits an der EU-Außengrenze abzuweisen. Zudem plädierte er dafür, Algerien und Marokko schnellstens zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären und „Wirtschaftsflüchtlinge postwendend zurückzuschicken“.

Dieter Hillebrand:

„Es gibt leider keine Trendwende bei der Einbruchskriminalität in Reutlingen und Tübingen“

„Tatsache ist, dass ausweislich der Fallzahlen des Innenministeriums Baden-Württemberg diese im Landkreis Reutlingen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 2,3% gestiegen sind, im Landkreis Tübingen gar um 22,9%. Wenn in 24 Land-/ bzw. Stadtkreisen die Einbruchszahlen weiter zunehmen, während sie in lediglich 19 abnehmen und sich der Innenminister Gall für fallende Einbruchszahlen feiern lässt, wird den Bürgerinnen und Bürgern ein falsches Sicherheitsgefühl vermittelt. Es hat jedenfalls weder in Reutlingen und schon garnicht in Tübingen eine Trendwende bei den Einbruchszahlen gegeben“, so Dieter Hillebrand MdL.

Die erneute Zunahme bei den Einbruchsdelikten Fallzahlen in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen sei allarmierend. „Der Landesregierung ist es nach wie vor noch nicht gelungen, hiergegen ein schlüssiges und wirksames Gesamtkonzept vorzulegen. Offensichtlich fühlen sich haupt-

Hillebrand kritisierte ebenfalls im Land eine „Politik zulasten des Automobils“. So dienten „ideologisch motivierte“ flächendeckende Tempolimits nicht immer der Sicherheit und eine Fokussierung auf Rad und ÖPNV gehe auf Kosten des ländlichen Raums und älterer Menschen.

Der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion Andreas vom Scheidt sieht angesichts der Flüchtlingssituation die Stadt nachhaltig gefordert. In seinen Ausführungen zeigte er auf, dass mit Blick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung eine klare Prioritätenliste notwendig sei. Zudem

müssten neben der Sanierung der Oberamteistraße oder des Rathauses nun vorrangig Wohnraum für alle beziehungsweise weitere Gewerbegebiete geschaffen werden. Auch der in Reutlingen herrschende Investitionsstau in Höhe von 200 Millionen Euro bereite ihm und seiner Fraktion „große Sorge“.

Musikalisch und künstlerisch umrahmt wurde der Neujahrsempfang von Hannes Nedele aus Wannweil. Der 12-Jährige, der im Stuttgarter Musical den kleinen Tarzan spielte, sorgte mit seinem überzeugenden Talent für Riesen-Beifall. <<<



sächlich georgische Banden in Baden-Württemberg im Moment noch zu sicher. Das zeigt, dass die innere Sicherheit bei Grün-Rot in schlechten Händen liegt“, betont Dieter Hillebrand.

Neben verstärkten Polizeikontrollen entlang der Verkehrsachsen in Baden-Württemberg bedürfe es einer Verstärkung der Bestreifung gefährdeter Wohngebiete. Hierfür müsse jedoch mehr Personal eingestellt werden. „Die von Minister Gall im Rahmen seiner Polizeireform versprochenen zusätzlichen Polizisten sind jedoch in den Polizeirevieren nicht angekommen. Wenn das Ministerium anderes behauptet, handelt es sich dabei offensichtlich um verdeckte Ermittler. Denn gesehen hat diese noch niemand.“

Um ihren Aufgaben dauerhaft gerecht zu werden benötige die Polizei dringend eine tatsächliche personelle Verstärkung. „Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher 1.500 neue Stellen bei der Polizei, die Aufhebung

aller Stellenbesetzungssperren bei den Sicherheitsbehörden, die Schaffung eines Stellepools für freiwillig verlängernde Polizeibeamte sowie die Weiterführung und Fortentwicklung des freiwilligen Polizeidienstes, statt deren Abschaffung (momentan noch 1043 Stellen). Es ist bedauerlich, dass dieses Erfolgsmodell von Grün-Rot aus ideologischen Gründen zerschlagen wird“, so Dieter Hillebrand MdL abschließend. <<<

22. Sitzung AK-Bildung

Am 27. Januar eröffnete die Vorsitzende Annegret Lucas die 22. Sitzung des Arbeitskreises mit Hinweis auf die zahlreichen Fehlleistungen von Grün-Rot in den vergangenen 5 Jahren: Flächendeckend Gemeinschaftsschulen mit angeblich besseren Bildungsmethoden, keine klaren Maßstäbe für Schülerleistungen, etc.

Herbert Winkler, langjähriger Rektor der Realschule Gammertingen, stellte die wesentlichen Punkte des CDU-Bildungsprogramms vor, auch im Vergleich zu den Programmen von Grünen und SPD. Die CDU wird bei Regierungsübernahme die erfolgreichen Strukturen des

gegliederten Schulwesens erhalten und weiter modernisieren.

Im Gegensatz dazu geht die Stoßrichtung von Grün-Rot dahin, von Hauptschule bis Gymnasium allen bestehenden Schulen das völlig unsichere Konzept der Gemeinschaftsschule aufzuerlegen. Zahlreiche Fragen stellen sich dazu: Wieso soll den öffentlichen weiterführenden Schulen die Einsicht in die Grundschulempfehlung der Schulanfänger verboten sein, den privaten weiterführenden Schulen jedoch erlaubt? Warum sollen Kinder jahrelang auf eine Schule gehen, deren Anforderungen sie von vornweg nicht schaffen? Wieso werden Eltern, die ihre Kinder nicht auf eine verpflichtende Ganztagschule schicken wollen, nicht

gehört? Wo bleiben denn die Untersuchungen, die belegen sollen, dass die Schüler an den Gemeinschaftsschulen einen besseren Lernerfolg hätten als an den gegliederten Schulen? Wieso wird den erfolgreich arbeitenden Realschulen per Gesetz das Gemeinschaftsschul-Konzept übergestülpt? Schicken denn die Grünen- und SPD-Vertreter ihre eigenen Kinder auf die von ihnen propagierten Gemeinschaftsschulen? Das SPD-Programm hat eine Fehlleistung besonderer Art aufzuweisen: Null-Aussage zu den Beruflichen Schulen!

Alle hoffen, dass sich das ab 13. März unter einem CDU-Kultusminister ändert, so waren sich die Teilnehmer an der Sitzung des AK-Bildung einig. <<<

70 Jahre CDU Württemberg-Hohenzollern

Im Marmorsaal des Aulendorfer Schlosses feierten am 6. Januar bis zu 200 Gäste den 70. Gründungstag der CDU Württemberg-Hohenzollern. Ort und Datum der Feierlichkeit waren aus gutem Grund gewählt worden, so der Bezirksvorsitzende Thomas Bareiß, MdB in seiner Begrüßung: Denn exakt vor 70 Jahren wurde die CDU Württemberg-Hohenzollern am Dreikönigstag unter anderem durch ihren Gründungsvater Franz Weiß in Aulendorf ins Leben gerufen. Weiß, der Großvater des CDU-Landesfraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Guido Wolf, war von 1946 bis 1948 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern. Bareiß zollte dem ersten seiner Vorgänger großen Respekt: Ein wichtiger und mutiger Schritt sei es in der frühen Nachkriegszeit gewesen, eine neue Partei zu konstituieren. Die Gründung sei ein Signal an die Menschen in Südwürttemberg gewesen, dass es christliche, demokratische und soziale Kräfte gebe, die gewillt seien Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen.

„Heute treffen Geschichte und Zukunft unserer Partei zusammen“, so Thomas Bareiß mit Blick auf Ehrengast Guido Wolf, den Enkel des Gründungsvorsitzenden Weiß, „Sie sehen, die CDU ist lebendige Familienpartei.“ CDU-Spitzenkandidat Wolf, einer der beiden Festredner, konnte einen sehr persönlichen Einblick in Politik und Leben seines Großvaters geben und

verband Anekdotisches mit einem geschichtlichen Überblick über die frühen Jahre der CDU Württemberg-Hohenzollern. Sein Resümee: „Ohne die Arbeit der CDU in den letzten 70 Jahren wäre diese Region und damit auch unser Bundesland heute nicht so erfolgreich.“ Sein Appell, das grün-rote „Intermezzo“ am 13. März durch einen erfolgreichen Wahlausgang zu beenden, weil es diese Erfolgsgeschichte



vlnr: Bez.vorsitzender Thomas Bareiß MdB, stellv. Bez.vorsitzender Karl-Wilhelm Röhm MdL, Spitzenkandidat Guido Wolf MdL, stellv. Bez.vorsitzende Susanne Schwaderer, Dr. Heiner Geißler, stellv. Bez.vorsitzender Norbert Lins MdEP

konterkarierte, wurde mit großem Applaus der zahlreich anwesenden Abgeordneten aus Europa-, Bundes- und Landesparlament sowie von den Gästen aus den acht Kreisverbänden Württemberg-Hohenzollern bedacht. Besonders die Tatsache, dass die CDU nicht nur die Großstädte im Blick habe, sondern auch im ländlichen Raum stark verwurzelt sei, würde demonstrieren, dass die CDU eine Volkspartei

und nah am Bürger sei. „Andere reden vor allem davon, mehr auf die Bevölkerung zu hören, wir reden jeden Tag mit den Bürgerinnen und Bürgern“, stichelte Wolf gegen Landesregierung und Ministerpräsidenten.

Auch der ehemalige CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler kam zunächst auf die Historie des Bezirksverbandes zu sprechen. Unter anderem neben Erwin Teufel war Geißler Mitbegründer der Jungen Union Rottweil im Jahr 1956, damals noch zu Württemberg-Hohenzollern gehörend.

Geißler, der von 1961 bis 1965 Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg war, amüsierte die anwesenden Gäste mit zahlreichen Anekdoten insbesondere aus seiner frühen politischen Karriere, bevor er nochmal die Bedeutung der CDU Württemberg-Hohenzollern für die Region betonte. Geißler wies darauf hin, dass Streit in einer Demokratie gut und wichtig sei: Nur durch Diskussion und Abwägung verschiedener Argumente könne das Beste für die Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess erlangt werden – eine einzige Wahrheit gebe es auch in der Politik nicht. Neben dem Dialog sei aber auch das christliche

Menschenbild als Werterahmen wichtig, der einerseits Freiheit ermöglicht und andererseits zu Verantwortung verpflichtet. Abzulehnen sei hingegen jede Form von Fundamentalismus. Geißler betonte am Schluss seiner Rede die Notwendigkeit zurück zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Erhards zu kommen und sprach sich vehement für eine umweltbewusste, nachhaltige Handlungsmaxime der Politik aus.

CDU-Gemeindeverband Pfronstetten unter neuer Führung – Langjährige Mitglieder geehrt

Nach 26 Jahren an der Spitze hat Rudolf Beck den Vorsitz im CDU-Gemeindeverband Pfronstetten an Gerd Müller abgegeben. Außerdem wurden in der Mitgliederversammlung langjährige Mitglieder geehrt.

Generationswechsel in der Pfronstetter CDU: Seit 1989 war Rudolf Beck aus Geisingen Vorsitzender des Gemeindeverbands, er hatte dieses Amt damals von Bürgermeister Hans Seibold übernommen. Als Höhepunkt seiner Amtszeit betrachtete Beck dabei den Besuch von Ministerpräsident Erwin Teufel in der Pfronstetter Albhalle. Während viele Parteien damit zu kämpfen haben, für solche Aufgaben kompetente Nachfolger zu finden, gelang dies in Pfronstetten recht einfach: Gerd Müller, der seit 2009 auch im Gemeinderat tätig ist, erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit.

Der Landtagsabgeordnete Karl-Wilhelm Röhm berichtete im Rahmen der Versammlung von seiner Arbeit im Landtag. Hauptthema auch dort sei natürlich die Flüchtlingskrise. Röhm zeigte sich erfreut über das klare Signal der Kanzlerin beim Bundesparteitag zur angestrebten Reduzierung der Flüchtlingszahlen – auch er sieht die Bewältigung dieser Situation als Bewährungsprobe für Europa.

Abgesehen davon laufe im Land vieles nicht rund. Die aktuelle Landesregierung versteckt sich hinter

einem Ministerpräsidenten, der zwar wohlgefällig auftritt, in der Sache aber mehr als Getriebener denn als Gestaltender agiert. Beispielhaft sein auch hier die Flüchtlingsdebatte: **Fortsetzung Seite 4**



Gehrt für über 40 Jahre Mitgliedschaft in der CDU (v.l.): Hans Fischer, Hans Engst, Fritz Engst, Anton Gaus (sitzend), Karl-Wilhelm Röhm MdL, Josef Kleiner. Ganz rechts: der seitherige Gemeindeverbandsvorsitzende Rudolf Beck.

Zunächst habe Kretschmann die Ausweisung weiterer sicherer Drittstaaten vehement abgelehnt, schließlich konnte er aber nicht mehr anders als sich dieser langjährigen Forderung der CDU anzuschließen. „Das hätten wir alle viel früher haben können!“, so Röhm. Mit Guido Wolf könne die CDU eine kommunal geerdete Alternative anbieten, welche die Probleme im Land kennt und lösen kann. Die aktuellen Umfragen zeigen zudem, dass dies auch von den Menschen so angenommen wird, Grünrot stehe weiterhin ohne Mehrheit da.

Eine angenehme Pflicht war für Karl-Wilhelm Röhm die Ehre langjähriger Mitglieder: Fritz Engst, Hans Engst, der frühere Gemeinderat Hans Fischer, der frühere Huldstetter Bürgermeister Anton Gaus, Eugen Herter und Josef Kleiner, früher Gemeinderat und Bürgermeister-Stellvertreter, wurden für mehr als vierzigjährige Mitgliedschaft geehrt. Bürgermeister a.D. Anton Gaus erinnerte sich noch gut daran, weshalb er im reifen Alter von über 50 Jahren in die Partei eingetreten sei: Es habe damals schlichtweg keine vernünftige Alternative gegeben. Damals waren CDU-Stimmenanteile von 98% keine Seltenheit, und in Huldstetten gelang einmal sogar das Kunststück, dass sich ausnahmslos alle Wähler für die Union entschieden haben – 100%. <<<

IAC
IMMOBILIEN-ANLAGEN-CONSULTING GMBH
IHR PARTNER FÜR ANSPRUCHSVOLLES EIGENTUM

**Bauträger für hochwertige Eigentumswohnungen
in bevorzugten Lagen
mit modernen Energiekonzepten
und anspruchsvoller Architektur**



IAC Immobilien-Anlagen-Consulting GmbH
Albstraße 31, 72764 Reutlingen
07121 / 38606 info@iac-immobilien.de

Bürgerdiskussion mit Dieter Hillebrand in Pliezhausen

„Gut besuchte Veranstaltung der CDU Pliezhausen/Walldorfhäslach in Pliezhausen in der „Krone“ zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik. Mit Kritik an der Politik wurde nicht gespart.

Bei der Bürgerdiskussion der CDU in Pliezhausen mit Dieter Hillebrand MdL stand die Flüchtlings- und Asylpolitik im Fokus. Der Landtagsabgeordnete stellte zunächst die Unterscheidung zw. Asylanten und Flüchtlingen heraus, die in der medialen Berichterstattung oftmals nicht genau genug dargestellt werde. Der größte Teil der Flüchtlinge werde im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen und erhalte demzufolge nur ein befristetes Aufenthaltsrecht. Nur für etwa 1-2% der Flüchtlinge gelte der Artikel 16a Abs. 1 GG, der politisch Verfolgten das Recht auf Asyl gewährt.

Nach langen Verhandlungen habe man es nun geschafft, den Zustrom aus den westlichen Balkanländern zu begrenzen, indem man die Staaten als sichere Herkunftsländer benannt hat. Dass Ministerpräsident Kretschmann sich so lange gegen diese Maßnahme gewehrt habe, stört Hillebrand massiv. Hier habe man sich aus ideologischen Gründen gesperrt, den Missbrauch des Asylrechts zu beenden. Nun gelte es selbige Maßnahme für Staaten wie Marokko, Tunesien oder Algerien zu treffen und Rückführungsabkommen mit den dortigen Regierungen abzuschließen, um den Zustrom aus Nordafrika zu begrenzen.

„Das Engagement der Bürger ist groß,



aber die Grenzen der Belastbarkeit sind erkennbar und das spüren die Leute. Deutschland hat weder finanziell noch logistisch unendliche Ressourcen“, gab Hillebrand zu bedenken. Keiner konnte noch vor einigen Jahren erkennen, dass die in den 90er Jahren Zug um Zug abgebauten Fachbehörden aus dem Bereich Asyl- und Flüchtlingswesen schlagartig erweitert werden müssen. Diese Fachkräfte der Behörden und der sozialen Dienste stehen auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig nicht zur Verfügung. Eine Reaktivierung von Ruheständlern auf freiwilliger Basis ist nicht einfach.

Viel Bürger befürchten, dass der gravierende Mangel im Bereich des sozialen Wohnungsbaus eine Konkurrenzsituation zwischen Flüchtlingen und sozial benach-

teiligten Einheimischen schafft. Auch seien die Vorschriften und Standards für Bauvorhaben zu hoch, um zügig und kosteneffektiv neuen Wohnraum zu schaffen. Hier sieht Hillebrand die grün/rote Landesregierung in der Pflicht, die unnötig hohen Umweltstandards bei Neubauten zurückzunehmen. Falls die CDU nach den Landtagswahlen die Regierung stelle, werde man hier auf jeden Fall handeln, so der Landtagsabgeordnete.

Fluchtursachen in den Herkunftsländer zu bekämpfen muss in den Vordergrund gerückt werden.

D.h. die Halbierung der Mittel der UNHCR, die die Versorgung der Flüchtlingslager vor Ort finanziert hatte war seitens der UN notwendig geworden, da viele Mitgliedsstaaten ihre Finanzierungsanteile radikal gekürzt oder völlig eingestellt hatten. Unter anderem gehörte dazu auch die Bundesrepublik Deutschland. Eine Verbesserung der Situation in den Lagern durch ausreichende Ernährung für alle und auch Schulbildung der Kinder wird die durchaus rückkehrwilligen Flüchtlinge vor einer Völkerwanderung nach Mitteleuropa abhalten. Gleichzeitig gehören Anreize für eine Einreise nach Mitteleuropa und speziell nach Deutschland abgeschafft, z.B. Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, ein rotes Tuch der derzeitigen Landesregierung.

Grundlage muss sein: Helfen, wo geholfen werden muss! Aber kein Mißbrauch der deutschen Rechtslage, schnelle Abschiebung von nicht Asylberechtigten und Einschränkung des Familiennachzugs so-

Fortsetzung nach dem Landesteil

wie Abschiebung von straffälligen nicht EU-Bürgern. Das Asylpaket II sei ebenso ein Schritt in die richtige Richtung, wie auch die jüngst erfolgte Äußerung der Kanzlerin, dass die Syrer und Iraker nur über ein vorläufiges Bleiberecht verfügten und nach Befriedung ihrer Heimatländer in diese zurückkehren müssten.

Schlimm sei allerdings, dass einige Staaten entweder die Rücknahmeverträge mit der EU für ihre Landsleute gekündigt ha-

ben (z.B. Pakistan) oder die Verhandlungen hierüber verschleppen. Die Wende hin zum politischen Extremismus sei jedoch nicht die Lösung. Integrierte moslemische Gemeinden, die seit Jahrzehnten friedlich bei uns leben, dürften nicht Opfer der derzeitigen Debatte werden.

Die über 3 Stunden dauernde Diskussion spiegelte die große Besorgnis der Besucher wieder, dass die Bundesrepublik Deutschland

mit dieser großen Menge an Asylanten und dem Flüchtlingszustrom nicht fertig werde und gesellschaftliche Integration problematisch wird. Denn: wer darf bleiben und wie lange? Wer kann abgeschoben werden und wenn ja, wie pragmatisch kann eine Abschiebung erfolgen? Bei allen Bedenken war der für Bund, Länder und Gemeinden entstehende erhebliche Kostenfaktor präsent jedoch überraschender Weise ehe sekundär. <<<

Bürgerdiskussion der CDU Pfullingen

Kein Thema hat die Menschen in den letzten Jahren mehr bewegt wie derzeitige Asylpolitik und die hohen Flüchtlingszahlen. Im vollbesetzten Bürgertreff diskutierten der CDU Stadtverband Pfullingen und der Landtagsabgeordnete Dieter Hillebrand mit interessierten Bürgern über dieses brisante Thema, auch einige ehrenamtliche Flüchtlingshelfer waren anwesend.

Hillebrand machte klar, dass der Artikel 16a des Grundgesetzes, das Grundrecht auf Asyl nicht angetastet werden dürfe. Gleichwohl verdeutlichte er, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge ja unter die Genfer Flüchtlingskonvention falle, und dies bedeute von vornherein ein befristetes Aufenthaltsrecht. Kritisch äußerte sich Hillebrand auch zu Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, durch den größten Geldgeber des IS könnten auch leicht deutsche Waffen in die Hände der Islamisten gelangen.

Deutliche Kritik äußerte Hillebrand an der Grünroten Landesregierung: Abschiebungen finden praktisch nicht statt, im Gegenteil es wird noch vom Staatsministerium eine Broschüre erstellt, in welcher man abgelehnten Asylbewerbern Tipps gebe, wie sie länger hierbleiben können. Aus Hillebrands Sicht ist das nicht hinnehmbar, passe aber ins Bild der grün-roten Landesregierung. Nach den Prognosen



sen müsse man damit rechnen, dass dieses Jahr ca. 100?000 Flüchtlinge hierherkommen und um Asyl bitten, bisher habe das Land aber nur ca. 1700 Menschen abgeschoben. „Das steht doch in keinem Verhältnis“, kritisierte auch der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Joachim Weidner.

Hillebrand räumte natürlich Probleme bei der Abwicklung der Asylverfahren ein: zu wenig Personal und zu schlecht geschultes Personal, Verfahrensvereinfachungen seine hier dringend geboten. Ganz entscheidend sei es Anreize zu minimieren: Sachleistungen statt Bargeld kann nur die Devise heißen.

Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, bekommt nur noch bis zu diesem Datum Leistungen. Reist er trotzdem nicht aus, be-

kommt er nur noch das unabdingbar Notwendige.

Hillebrand sprach sich für ein Einwanderungsgesetz etwa nach kanadischem Muster aus, d.h. begrenzter Zuzug nach Bedarf.

Bei der Diskussion wurde Kritik laut an zu langsamen Verfahren und zuviel Bürokratie, Hillebrand räumte ein da man natürlich auf ein solches Ausmaß an Flüchtlingen nicht vorbereitet gewesen sei. Auch das Erscheinungsbild der Union wurde kritisiert, Joachim Weidner führte an das unterschiedliche Meinungen und parteiinterne Kritik und Diskussion sein müssen, aber ganz entscheidend sei der Respekt und der Umgang miteinander, man dürfe eine Kanzlerin auch bei noch so abweichenden Positionen nicht schulmeistern. <<<

CDU Reutlingen Nord-Ost feiert 40-jähriges Jubiläum

In der Zeit nach der baden-württembergischen Gebietsreform und der Planung einer landeseigenen Stromversorgung durch Kernkraftwerke kam auch in Reutlingen politisch einiges in Bewegung: Im Nordosten des neuen Stadtgebiets wurden die bisher selbständigen Gemeinden Reicheneck und Mittelstadt nach Reutlingen eingemeindet. Mittelstadt sollte Ersatzstandort für ein geplantes Kernkraftwerk mit 300 MW Leistung für Sersheim im Landkreis Ludwigsburg werden.

Diese heißen politischen Themen veran-

lassten im Jahr 1975 das neue CDU-Mitglied Heinz Ziegler und den damaligen Vorsitzenden des CDU-Stadtverbandes Hermann Schaufler den Ortsverband „Reutlingen Nord-Ost“ zu gründen. Das war für den heutigen Ortsverband Anlass, das 40-jährige Jubiläum in einer Festveranstaltung auf der Reutlinger Achalm zu würdigen.

Die Vorsitzende des Ortsverbands, Barbara Ziegler, konnte die Gründer des Ortsverbands Heinz Ziegler und Hermann Schaufler, die seitherigen Vorsitzenden

des Ortsverbandes Dr. Oskar Riedinger, Meinrad Morath, Marcus Bopp war verhindert, den Landtagsabgeordneten Dieter Hillebrand, die Stadtverbands-Vorsitzende Gabriele Gaiser, zahlreiche Mitglieder der CDU, und einige Ehrengäste willkommen heißen.

Heinz Ziegler berichtete ausführlich über die Gründerzeit und das Besondere der ersten CDU-Liste in Sondelfingen zur Wahl der Bezirksgemeinderäte, das Engagement des Ortsverbands zum Kernkraftstandort Mittelstadt, die Aktivitäten gegen eine

Wiederaufbereitungsanlage und gegen eine Deponie im „Stettert“.

Hermann Schaufler, ehemaliger baden-württembergischer Wirtschafts-, Verkehrs- und Umwelt-Minister, erinnerte in seinem Beitrag an die Unterstützung zum erfolgreichen Werden des CDU-Ortsverbandes Nord-Ost und schilderte seine heutige Tätigkeit für die heimische Wirtschaft als Berater und Wissenschaftler, vorwiegend in China, Shanghai und Indien, und empfahl, die rasanten Änderungen auf unserem Globus kritisch zu begleiten.

Dieter Hillebrand, Staatssekretär a. D. und Landtagsabgeordneter unseres Wahlkreises, bedankte sich für die Unterstützung des Ortsverbandes bei der politischen Basisarbeit. Er befasste sich dann



mit den aktuellen Themen der Landespolitik, besonders dem Flüchtlingsproblem und der kommenden Landtagswahl 2016.

Gabriele Gaiser, die Stadtverbands-Vor-

sitzende, und Manuel Hailfinger, der Kreisvorsitzende, nutzten die Gelegenheit, den vielbeschäftigten Hermann Schaufler für 50 Jahre CDU-Mitgliedschaft zu ehren. <<<

Minister a.D. Hermann Schaufler für 50 Jahre Mitgliedschaft in der CDU geehrt

Reutlingen. Im Zuge des 40-jährigen Jubiläums der CDU Reutlingen Nord-Ost auf der Achalm wurde der ehemalige baden-württembergische Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltminister Prof. Dr. h.c. Hermann Schaufler für 50 Jahre Mitgliedschaft in der CDU geehrt. Die Stadtverbandsvorsitzende Gabriele Gaiser und der Kreisvorsitzende Manuel Hailfinger dankten Hermann Schaufler für sein langjähriges Engagement und seine Treue zur CDU.

Politisch engagierte sich Hermann Schaufler bereits 1963 in der Jungen Union, in die CDU ist er 1965 eingetreten. Für die CDU war er von 1975 bis 1981 Mitglied des Gemeinderats der Stadt Reutlingen. Dem Kreistag des Landkreises Reutlingen gehörte er von 1979 bis 1988 an. Von 1997

bis 2000 war er Vorsitzender des CDU-Betriebsverbandes Württemberg-Hohenzollern.

1980 zog Hermann Schaufler als Abgeordneter in den Landtag von Baden-Württemberg ein, dem er bis 2001 angehörte. Nach den Landtagswahlen 1988 holte ihn Ministerpräsident Lothar Späth in sein Kabinett als Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. 1989 übernahm er das Amt des Wirtschaftsministers, das er auch unter Ministerpräsident Erwin Teufel zunächst

fortführte. 1992 kam es in Baden-Württemberg zur Bildung einer Großen Koalition, in der Hermann Schaufler das Amt des Verkehrsministers übernehmen konnte. Nach dessen Eingliederung in das Umweltministerium 1996 führte er das nunmehrige Doppelministerium weiter. <<<



Bürgerdiskussion mit Dieter Hillebrand in Wannweil

Bei der Bürgerdiskussion der CDU Wannweil mit Dieter Hillebrand MdL stand die Flüchtlings- und Asylpolitik im Fokus. Der Landtagsabgeordnete stellte zunächst die Unterscheidung der Flüchtlinge heraus, die in der medialen Berichterstattung oftmals nicht genau genug dargestellt werde. Der größte Teil der Flüchtlinge werde im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen und erhalte demzufolge nur ein befristetes Aufenthaltsrecht. Nur für etwa 1-2% der Flüchtlinge gelte der Artikel 16a GG, der politisch Verfolgten das Recht auf Asyl gewährt.

Nach langen Verhandlungen habe man es nun geschafft den Zustrom aus den westlichen Balkanländern zu begrenzen, indem man die Staaten als sichere Herkunftsländer benannt hat. Dass Minister-

präsident Kretschmann sich so lange gegen diese Maßnahme gewehrt habe, stört Hillebrand massiv. Hier habe man sich aus ideologischen Gründen gesperrt, den Missbrauch des Asylrechts zu beenden. Nun gelte es selbige Maßnahme für Staaten wie Marokko oder Algerien zu treffen und Rückführungsabkommen mit den dortigen Regierungen zu schließen, um den Zustrom aus Nordafrika zu begrenzen.

„Das Engagement der Bürger ist groß, aber die Grenzen der Belastbarkeit sind erkennbar und das spüren die Leute. Deutschland hat weder finanziell noch logistisch unendliche Ressourcen.“, gab Hillebrand zu bedenken. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ergebe sich schon jetzt ein gravierender Mangel an Wohnraum und zudem eine Konkurrenzsituation

mit den sozial benachteiligten Einheimischen. Auch seien die Vorschriften und Standards für Bauvorhaben zu hoch um zügig und kosteneffektiv neuen Wohnraum zu schaffen. Hier sieht Hillebrand die grün-rote Landesregierung in der Pflicht, die unnötig hohen Umweltstandards bei Neubauten zurückzunehmen. Falls die CDU nach den Landtagswahlen die Regierung stelle, werde man hier auf jeden Fall handeln, so der Landtagsabgeordnete.

ZUR INFO
Aktuelles und Interessantes
finden Sie unter
www.cdu-reutlingen.de

Kreisjahreshauptversammlung der Jungen Union Reutlingen: Neumann als Vorsitzende bestätigt

Am vergangenen Freitag kamen die Mitglieder des Kreisverbandes der Jungen Union Reutlingen in der Gaststätte Waldesslust zu ihrer Kreisjahreshauptversammlung zusammen. Im Anschluss an die Versammlung mit Vorstandswahlen, fand der Wahlkampfauftakt mit den hiesigen Landtagsabgeordneten Dieter Hillebrand und Karl-Wilhelm Röhm statt.

Die im Amt bestätigte Vorsitzende Valérie Neumann, ließ ein ereignisreiches Jahr Revue passieren. So habe man sich zum Beispiel in der Debatte um die Auskreisung klar positioniert und mit der Aktion beim Besuch des Ministerpräsidenten Kretschmann in Bad-Urach überregionale Aufmerksamkeit erregt. Auch parteiintern habe man einiges



erreicht, man sei sowohl im CDU-Kreisvorstand als auch im JU-Bezirksvorstand zahlreich vertreten.

Im Amt bestätigt wurden neben der Kreisvorsitzenden Valérie Neumann, die stellvertretende Vorsitzende Sylvia Gaiser, Pressesprecher Daniel Konzelmann und Schriftführer Lukas Felder.

Neu gewählt wurden die Stellvertreter Felix Mayer, Jan-Philipp Scheu, der Kreisgeschäftsführer Marcel Eder, die Finanzreferentin Franka Theis, der Mitglieder- und Organisationsreferent Tim Hackenberg, sowie der Internetreferent Philipp Weinmann. Als Beisitzer wurden Fabian Bail, Ralf Dingler, Markus Hehn, Alexander Huber, Steffi Kemmler, Regina Sauter, Sarah Sautter und Alexander Rall gewählt.

Beim anschließenden Kick-Off in den Wahlkampf, sprachen die hiesigen Landtagsabgeordneten Staatssekretär a.D. Dieter Hillebrand MdL und Karl-Wilhelm Röhm MdL. Hillebrand kritisierte vor allem die Finanzpolitik der grün-roten Landesregierung, welche es trotz sprudelnder Steuereinnahmen geschafft hätte, 3 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen und das als erfolgreiche Haushaltspolitik zu verkaufen versuchte. Röhm übte scharfe Kritik an der Bildungspolitik und dem Projekt Gemeinschaftsschule. Die ländlichen Gemeinden würden quasi erpresst werden, entweder ihre Schulen zu Gemeinschaftsschulen umzuformen oder eben den Schulstandort zu verlieren, so Röhm. Beide Abgeordnete lobten zudem die Junge Union als zuverlässigen Motor der Partei. Gerade in Wahlkämpfen wie diesen, sei die Junge Union immer an vorderster Front und mit vollem Einsatz dabei. „Nun gilt es die Energie aus dem Abend mitzunehmen und mit einem frisch gewählten Vorstandsteam in den Wahlkampf zu starten, um am 13. März einen Wahlsieg zu erlangen und beide Kandidaten erneut in den Landtag zu entsenden.“, so die Vorsitzende Valérie Neumann in ihrem Schlusswort.

Schwaiger für eine weitere Amtszeit gewählt

Reutlingen. Auf eine starke Amtsperiode blickten die Mitglieder des Reutlinger Stadtverbandes der Jungen Union (JU) bei ihrer Jahreshauptversammlung zurück. Philip Schwaiger wurde für eine weitere Amtszeit gewählt. Bei der Jahreshauptversammlung konnten als Gäste unter anderem die CDU-Stadtverbandsvorsitzende Gabriele Gaiser, der CDU-Kreisvorsitzende Manuel Hailfinger und der Landtagsabgeordnete Dieter Hillebrand begrüßt werden.

Der Vorsitzende Philip Schwaiger ließ die vergangenen zwölf Monate in seiner Rede Revue passieren. Schwaiger erwähnte die „24 Stunden Aktion“ des Kreisverbands, bei der die JU durch den Besuch diverser Betriebe und Institutionen im gesamten Landkreis verschiedenste interessante Eindrücke sammeln konnte. Auch die Veranstaltungsreihe „JU Stadtgespräch“



Der neu gewählte Vorstand des JU Stadtverbandes Reutlingen mit der Kreisvorsitzenden Valérie Neumann und MdL Dieter Hillebrand.

(Foto: Lukas Felder)

wurde durch einen Austausch mit Michael Simmendinger, Leiter des Reutlinger Polizeireviere, und eine weitere Veranstaltung zum Thema „Outlet City“ erfolgreich fortgeführt.

Auch die Nachforschungen zur Gründung des Reutlinger JU-Stadtverbandes konnten im vergangenen Amtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. In zahlreichen Gesprächen mit Reutlinger Zeitungen und früheren JU-Mitgliedern konnte ermittelt werden, dass der Stadtverband im Jahre 1953 gegründet wurde und somit in 2018 bereits das 65-jährige Bestehen gefeiert werden darf. Am intensivsten beschäftigte die Junge Union jedoch das Thema Auskreisung. Größte Kritik war dabei, dass eine eindeutige Verbesserung des Gemeinwohls von Stadt, Landkreis, Region und Land nicht gegeben sei. „Ich kann zudem nicht erkennen, dass die Entwicklung der Stadt Reutlingen bei einem Verbleib im Landkreis gehemmt wäre“, so der Vorsitzende Schwaiger in seinen Ausführungen. **Fortsetzung auf Seite 8**

Ihr „Bau-Partner“ für:

Schlüsselfertigbau Umbau / Anbau / Ausbau Sanierung / Renovierung



BAUMEISTER HAUS **MHB STUMM** **HAUS STEIN MIT AUF GRUND STEIN**
Bauunternehmung GmbH
72525 MÜNSINGEN

Telefon 073 81/93 61-0 · www.mhb-stumm.de

Herausgeber:
 CDU-Kreisverband Reutlingen
 Seestraße 6-8, 72764 Reutlingen, Telefon 07121 / 38540, Fax 385430
 E-Mail: post@cdu-reutlingen.de

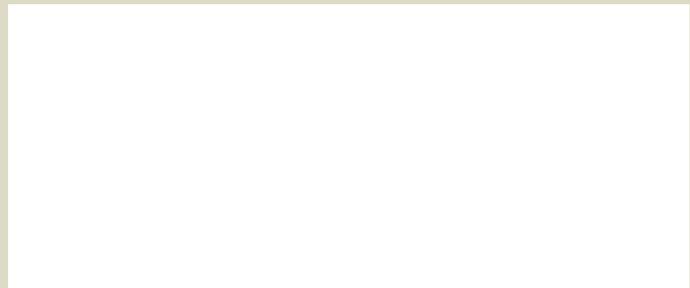
Verantwortlich:
 Kreisteil: Valérie Neumann
 Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg
 Hasenbergstr. 49b, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 66904-0, Fax -50
 E-Mail: presse@cdu-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
 SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH, Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart,
 Tel. 0711 66905-0, Fax 0711 66905-99, E-Mail CDUintern: intern@SDV-Stuttgart.de
 Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25); Planung Satz: Karin Richter (-12), Fax 0711 66905-55
 Anzeigen: Helga Wais (-27); Gestaltung dieses CDUintern: Ilona Goldner-Schäufele (-15)

Beauftragter für die Insertion: Siegfried Braun

Bezugspreis: CDUintern ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Reutlingen. Es erscheint 2-monatlich und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

Absender:
 CDU-Kreisverband Reutlingen, Seestraße 6-8, 72764 Reutlingen
 PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10114



Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen ist sich die Junge Union einig, dass es höchste Zeit für einen Regierungswechsel wird. Die wahre Gesinnung und stupide ideologisierte Politik der Grünen komme vor allem in deren Schulpolitik zutage. Auch hierauf machte die Junge Union bei ihrer Demonstration „Pro Gymnasium“ im Rahmen des Grünenparteitags in der Reutlinger Stadthalle aufmerksam. Der Wechsel sei jetzt erforderlich. Man müsse die Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Wochen bis zur Landtagswahl von den christdemokratischen Werten überzeugen.

Bei den anschließenden Wahlen wurde der Stadtverbandsvorsitzende Philip Schwaiger einstimmig in eine weitere Amtszeit gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende stehen ihm Marcel Eder, Daniel Konzelmann und Jens Mekiska zur Seite. Geschäftsführer und Pressesprecher ist Philipp Sebastian Weinmann, Finanzreferent Stefan Ströbele und Schriftführerin Sylvia Gaiser. Im Amt des Internreferenten bestätigt wurde Maximilian Kemmler, zum Mitgliederreferenten wurde Tim Hackenberg gewählt. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Hans-Fabian Bail, Katharina Böbel, Jugendgemeinderatsmitglied Lion Breisch, Panagiotis Dinas, Ralf Dingler, Steffi-Melanie Kemmler, Anna Kühne, Victoria Kühner und Daniel Weinmann. <<<

WAS WANN WO...

Bitte besuchen Sie unsere Veranstaltungen. Sie sind herzlich eingeladen!

Do., 18.02.16, 19.00 Uhr
 CDU Pfullingen
 Jahnhaus Pfullingen, Bürgerdiskussion mit Dieter Hillebrand MdL

„Frau/Mann – neu erfinden? Gender Mainstreaming: Was verbirgt sich dahinter?“ mit Johannes Hoster, Lehrer

Do., 18.02.16, 20.00 Uhr
 CDU Pliezhausen-Walddorfhäslich, SSV Gaststätte
 Sportgelände Rübgarten
 Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen

So., 28.02.16, 15.00 Uhr
 CDU Riederich, Ermstaltreffen mit Minister a.D. Gerhard Stratthaus MdL

Di., 23.02.16, 19.00 Uhr
 Reutlinger Generalanzeiger
 Brühlhalle Genkingen
 GEA-Wahlpodium mit den Landtagskandidaten im Wahlkreis 61

Mo., 29.02.16, 19.00 Uhr
 Reutlinger Generalanzeiger
 Kulturzentrum franz.K
 Reutlingen
 GEA-Wahlpodium mit den Landtagskandidaten im Wahlkreis 60

Do., 25.02.16, 19.00 Uhr
 CDU Kreisverband
 Sportpark Reutlingen
 Veranstaltung zum Thema:

Do., 03.03.16, 19.00 Uhr
 Karl-Wilhelm Röhm MdL,
 Pfronstetten
 Wahlkampfveranstaltung mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière MdB <<<



Schwörer Haus®

LACHEN. SPIELEN. TOBEN. TRÄUMEN. SCHMUSEN. LEBEN.

Hier bin ich daheim.



Das SCHÖNER WOHNEN-Haus von SchwörerHaus verbindet Ästhetik, Behaglichkeit und Technik mit einem durchdachten Energiekonzept.

Täglich von 10 – 17 Uhr zu besichtigen in
 72531 Hohenstein-Oberstetten
 Tel. 07387/16-111.



www.schworerhaus.de

WERNER WEISS GMBH

NE-Metallhalbzeughandel
 Aluminium, Kupfer, Messing,
 Rotguß, Sonderlegierungen
 Formzuschnitte

Carl-Zeiss-Straße 57-59 · 72555 Metzingen
 Tel. 07123/94390-0 · Fax 07123/94390-19
 Internet: www.werner-weiss-gmbh.de
 E-Mail: info@werner-weiss-gmbh.de